

Antrag GS-21
SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Einführung einer Impfpflicht**

1 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass eine Impf-
2 pflicht gegen Masern eingeführt wird. Die SPD wird
3 sich daher für eine verbindliche gesetzliche Rege-
4 lung einsetzen, die das Impfen von Neugeborenen
5 und Kindern bis zum sechsten Lebensjahr gegen
6 Masern verpflichtend regelt.

7 In dieser gesetzlichen Regelung sollen auch Sanktio-
8 nen für den Fall der Nichtbefolgung geregelt wer-
9 den. Ferner sind gesetzliche Möglichkeiten zu prü-
10 fen, auch (junge) Erwachsene zwischen 18 und 45
11 Jahren verpflichtend zu impfen.

12

Begründung

13 In Deutschland, wie auch auf der ganzen Welt,
14 ist ein Anstieg der Infektion zu verzeichnen. 2018
15 wurden 543 Masern-Infektionen gemeldet - deut-
16 lich zu viele. Masern sind eine gefährliche Krank-
17 heit. Ein Risiko der Masern-Infektion ist unter an-
18 derem eine Gehirnentzündung, die tödlich enden
19 kann. Als Spätfolgen einer Infektion sind Entzün-
20 dungen des Gehirns und des Rückenmarks bekannt.
21 Um die Krankheit als besiegt zu bezeichnen, müs-
22 sen mindestens 95 Prozent der Bevölkerung gegen
23 Masern geimpft sein. Trotz aller Kampagnen sind
24 es bei Schulanfängern gerade einmal knapp 93 Pro-
25 zent. Noch deutlich niedriger ist die Quote bei den
26 18 bis 44-jährigen Menschen. Hier sind gerade noch
27 nicht einmal 60 Prozent der Menschen geimpft -
28 deshalb muss auch für diese Altersgruppe eine ge-
29 eignete verbindliche gesetzliche Lösung gefunden
30 werden.

31 Die Regelung aus dem Jahr 2015, dass umgeimpfte
32 Kinder vom KiTA-Besuch ausgeschlossen werden, ist
33 nicht ausreichend. Dies kann vier Jahre später fest-
34 gestellt werden. Immer noch infizieren sich zu viele
35 Menschen bin Masern, lassen zu wenige Eltern ih-
36 re Kinder impfen. Hinzu kommt eine Kampagne von
37 sog. „Impfgegnern“, die immer mehr Früchte trägt
38 und immer mehr Anhänger findet. Menschen ma-
39 chen sich hier die Angst von Eltern zu eigen, auch die
40 AfD.

41 Hier muss der Staat, muss die SPD entschieden
42 entgegentreten. Wenn Masern weltweit als Krank-
43 heit und Todesursache ausgeschaltet werden sollen,
44

45 müssen auch Nationen wie Deutschland ihren Teil
46 dazu beitragen. Die Impfkampagnen der vergange-
47 nen Jahre haben leider nicht ausreichend Früchte
48 getragen, sodass nun eine Impfpflicht nötig ist. Die
49 Risiken einer Impfung sind minimal und stehen in
50 keinem Verhältnis zu dem Schaden, der nicht immu-
51 nisierten Menschen droht bzw. durch das verbreiten
52 der Infektion der Gesellschaft droht.